

Berlin / Frankfurt am Main, 15.01.2025 04:30

Einstweiliges Statement wegen der Vorberichterstattung am 15.01.2025 und der Vorstellung des Zehnten Familienberichts durch Ministerin Paus

Etwaige Depressionen und angebliche Armut sind hausgemacht!

Es muss klar zwischen unfreiwillig alleinerziehenden und allein erziehen wollenden Müttern unterschieden werden. Noch-Bundesfrauenministerin Paus – selbsternannte Feministin, und aus traurigem Grund unfreiwillig alleinerziehende Mutter – scheint dies zu vergessen, sowie längst im Wahlkampfmodus zu sein. Das Framing in der Vorberichterstattung lenkt von Ursachen, Lösungen und der Arbeit der Sachverständigen ab. Statt Tränendrüse, Schwarzer-Peter-Geschiebe und Geschlechterkampf braucht Deutschland jetzt eine Familienpolitik hin zu gemeinsamer elterlicher Verantwortung!

Die Bestandsaufnahme im Zehnten Familienbericht scheint einen desaströsen Zustand für Trennungskinder in Deutschland zu konstatieren. Dortige Handlungsempfehlungen ließen sich auf „höchste Überfälligkeit“ zusammenfassen. Die Ursachen sind jedoch weder angeblich flüchtende Väter noch vermeintlich überforderte alleinerziehende Mütter, oder zu wenige Sozialleistungen für letztere, wie Paus (Grüne) vielleicht fabuliert.

Tatsächlich leistet sich Deutschland immer noch ein schon seit Jahrzehnten überholtes Familienrecht mit überkommenen Ideologien. Man verfängt sich in Geschlechterkampf und Klientelpolitik, und verliert dabei die betroffenen Kinder komplett aus den Augen.

Insbesondere Väter werden ausgegrenzt und fehlen dann bei der verteilten Betreuung. Dabei vergisst die Ministerin ihre eigene Studie vom 09.01.2025: 68 % der Eltern wünschen sich, dass auch Väter in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft bei der Geburt des Kindes automatisch das Sorgerecht erhalten. So wie es der Art. 6 GG auch vorsieht.

Zuvor versuchte Paus ihre Kindergrundsicherung und ein Gewalthilfegesetz „durchzu-
prügeln“. Das Ampel-Aus ist eine Chance für eine jetzt richtige Familienpolitik. Die paritätische Kinderbetreuung bedeutet auch kein „Hin und Her zwischen Mutter und Vater“, wie das ARD-Morgenmagazin vielleicht Ängste schürt. Solange eine Schulbezirksregelung respektiert und nicht taktisch verzogen wird. Ebenfalls wurde versucht Eltern-Kind-Entfremdung auf höchster Ebene unsichtbar zu machen.

Angesichts der circa 2,5 Millionen Kinder in Trennungsfamilien und dem entsprechenden Vielfachen betroffener Erwachsener (Eltern, Großeltern, Familienangehörige) sind die abschlägigen Antworten von SPD, CDU/CSU, Grüne, Linke und FDP auf unsere Wahlprüfsteine beschämend. Trennungskinder, und auch Väter, scheinen egal zu sein. **Aber: Gemeinsam getrennt erziehen macht weder depressiv noch arm!** (eA, CK)

Ansprechpartner

Bundeschäftsführer

bundeschäftsführer@vafk.de

Ansprechpartner: Christoph Köpernick, koepernick@vafk.de, 0171 - 45 27 999

Bundesvorstand

Rüdiger Meyer-Spelbrink, meyer-spelbrink@vafk.de, 0176 - 1049 5671

Über den Verband

Der Väteraufbruch für Kinder e.V. (VAfK) ist der mitgliederstärkste, bundesweit vertretene Interessenverband für von Kindern getrennt lebende Eltern und Väteremanzipation. Er vertritt 4.000 Mitglieder in rund 100 lokalen Gesprächskreisen, Kontaktstellen und Kreisvereinen, darunter etwa 10 % Frauen.

Warum das wichtig ist

Die Menschen im VAfK verbindet, dass ihnen, ihren Kindern oder ihren Liebsten Schlimmes widerfahren ist oder widerfährt oder sie andere davor bewahren wollen. Sie stehen stellvertretend für die schätzungsweise **200.000 jährlich neu Betroffenen**.¹

Ziel des seit dem Jahr 1988 aktiven VAfK ist es, das Aufwachsen von Kindern in ihren Familien durch ein verstärktes Engagement ihrer Väter und durch kooperative Elternschaft, insbesondere nach Trennung und Scheidung, nachhaltig zu verbessern.

Der VAfK versteht sich als Verein für Kinderrechte, als Familien- und Elternverband und als Organisation, die eine fürsorgende und liebevolle Beziehung beider Eltern zu ihren Kindern stärkt sowie für die Gleichstellung von Müttern und Vätern eintritt.

Mitglied werden oder spenden

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nur 60 € im Jahr. Weitere Familienmitglieder zahlen nur 30 €. Der VAfK ist als gemeinnütziger Verein anerkannt und auf Spenden angewiesen, um seine Öffentlichkeitsarbeit und Beratungsangebote vor Ort leisten zu können.

Der VAfK toleriert keine extremistischen Tendenzen – weder von links noch rechts. Er ist ein Antidiskriminierungsverband und ist im deutschen Lobbyregister eingetragen.

Mitglieder im Bundesvorstand: Christoph Köpernick, Markus Koenen, Karsten Rulofs und Kay Stratmann.

¹ Annahme: 3 Betroffene (1 Kind, 2 Angehörige) je Kontaktabbruch, vgl. Baumann et al., ZKJ 2022, 245.